



Presseschau vom 03.08.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten **dnr-online**, **lnr-portal**, **Novorossia**, **dnr-news**, **novorosinform** u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken **dan-news**, **lug-info**. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. **BigMir**, **UNIAN**, **Ukrinform**, **KorrespondenT** und die Online-Zeitung **Timer aus Odessa** ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

de.sputniknews.com: Russlands Grenzen im Fadenkreuz ausländischer Aufklärungsjets. Innerhalb der letzten Woche haben mehr als 20 ausländische Flugzeuge Aufklärung an Russlands Grenzen betrieben, wie die offizielle Zeitung der russischen Armee, „Krasnaja Swesda“, berichtet.

„22 Luftfahrzeuge haben Aufklärung an Russlands Grenzen betrieben“, so das Blatt. Die Zeitung betont, dass keine Verletzung des russischen Luftraumes zugelassen worden sei. Um „die Verletzung von Russlands Staatsgrenze zu verhindern“, seien fünf Jagdflugzeuge „der für die Luftabwehr zuständigen Kräfte“ aufgestiegen.

Am 30. Juli war berichtet worden, dass 25 Luftfahrzeuge die Luftaufklärung an der russischen Grenze entlang geführt hatten.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Krasnyj Jar**, einer **Vorstadt von Lugansk** und von **Shelobok**.

Geschossen wurde mit 82m-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 02. August 3:00 Uhr bis 03. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit:

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka, Kominternowo.**

In Folge von Beschuss mit Brandgeschossen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf **Krutaja Balka** ist ein Wohnhaus in der Schirokaja-Straße 26 vollständig abgebrannt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.,

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 10. Wir erinnern daran, dass die Zahl Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 123.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Tschechischer Delegationsleiter: „Menschen auf der Krim mit ihrem Leben zufrieden“

Der Leiter einer tschechischen Delegation und Abgeordnete des EU-Parlaments Jaromír Kohlíček hat in einem Sputnik-Gespräch seine Eindrücke von seiner Reise auf die Schwarzmeer-Halbinsel Krim geschildert und diese mit entsprechenden Berichten westlicher Politiker verglichen.

Ihm zufolge haben die Mitglieder der tschechischen Abordnung während ihres Aufenthaltes gesehen, dass das Leben der Krim-Bewohner inhaltsreich und interessant sei.

Die Situation auf der Halbinsel sei mit den trüben Mitteilungen vieler westlicher Politiker, von denen die meisten nie die Krim besucht hätten, kaum vergleichbar.

Leben auf der Halbinsel „sprudelt“

„Wir haben auf der Krim Politiker, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, einfache Einwohner und Menschen getroffen, die ein aktives und kreatives Leben führen und durchaus zufrieden sind, trotz Versicherungen einiger westlicher Politiker, von denen die meisten nie die Krim besucht haben“, sagte Kohlíček.

Der EU-Abgeordnete hat bereits zwei Mal an Wirtschaftsforen auf der Krim teilgenommen. Diesmal hat er neben anderen Delegationsmitgliedern verschiedene Teile der Halbinsel besucht und auch mit Ortsansässigen und Farmern geredet.

Großen Eindruck machten auf die tschechischen Vertreter die Pläne der örtlichen Verwaltungsorgane, darunter auch zum Bau der größten Moschee in Osteuropa. Ihre Eröffnung sei für das Frühjahr 2019 geplant.

„An und für sich zeigen der Bau dieser Moschee sowie die Gespräche mit Ortsbewohnern, wie sich die realen Fakten über das Leben auf der Krim von der äußeren Propaganda über ‚jede denkbare Unterdrückung der Rechte und Freiheiten der Tataren‘ auf der Halbinsel unterscheiden“, betonte der EU-Abgeordnete.

Wie Kohlíček weiter ausführte, haben auch eine Parade zum Tag der russischen Kriegsmarine in Sewastopol sowie der Besuch im internationalen Kinderzentrum „Artek“ die Delegationsmitglieder sehr beeindruckt.

Kiews Androhungen wegen Krim-Reise

Indes droht das offizielle Kiew den Delegationsmitgliedern wegen ihrer Krim-Reise mit Sanktionen. Noch im Vorfeld der Reise hatte die ukrainische Botschaft in Prag eine entsprechende Note versendet.

„Ich habe Kiews Maßnahmen bereits wegen früherer Krim-Besuche am eigenen Leib gespürt. Beispielsweise musste ich an einer Konferenz zu Problemen der Bukowina in Lwiw (in der Westukraine – Anm. d. Red.) teilnehmen. Ich habe aber wegen der ‚ungewöhnlichen Mittel zur Überquerung der ukrainischen Grenze‘ eine abschlägige Antwort erhalten“, sagte der EU-Abgeordnete.

„Ich habe aber die ukrainische Grenze keinesfalls passiert. Ich habe die Krim besucht, die Bestandteil Russlands ist, und zwar auf Grund des Referendums von 2014, bei dem mehr als 95 Prozent der Einwohner für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hatten“, unterstrich Kohlíček.

Die tschechische Delegation besuchte die Krim Ende Juli.

Beim Volksentscheid am 16. März 2014 über den künftigen Status der Halbinsel Krim und der Stadt Sewastopol hatten 96,77 Prozent bzw. 95,6 Prozent für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt. Am 18. März 2014 war der Vertrag über die Wiedervereinigung unterzeichnet worden. Trotz des Volksentscheids betrachtet die Ukraine die Krim weiterhin als Teil ihres Territoriums, wenngleich als einen besetzten Teil. Der Kreml weist seinerseits darauf hin, dass sich die Bürger der Krim auf demokratischem Weg für den Beitritt zu Russland entschieden haben.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32181/63/321816357.jpg>

Dan-news.info: „Gegen 1:00 Uhr am 3. August entstand durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein Brand an einer Antriebsunterstation des staatlichen Unternehmens „Donezker Eisenbahn“ in **Jasinowataja**. Der Brand ist gelöscht, die Stromversorgung für die Bevölkerung wurde nicht unterbrochen“, teilte die Stadtverwaltung von Jasinowataja mit.

Das Zivilschutzministerium der DVR erläuterte, dass in Folge des Brandes zwei Transformatorunterstationen vernichtet und eine beschädigt wurde. Außerdem sind fünf Tonnen Transformatoröl, 50 Quadratmeter Dach an einem zweistöckigen Verwaltungsgebäude und zwei Gütereisenbahnwagen verbrannt. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

Zur Löschung des Brandes wurden 33 Personen und acht Einheiten Technik eingesetzt. Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort gefahren um die Folgen des Beschusses zu erfassen.

de.sputniknews.com: Festnahme auf Tschukotka: Amerikaner beantragt politisches Asyl in Russland – Medien

Im Dorf Lawrentija im Autonomen Kreis der Tschuktschen ist ein US-Bürger festgenommen

worden. Der unerwünschte Gast beantragte Medienberichten zufolge politisches Asyl in Russland.

Die russischen Grenzbeamten nahmen demnach einen amerikanischen Bürger fest, der mit einem Boot von Alaska aus die russische Küste erreichte. Laut seinen Aussagen fischte er an der Alaska-Küste. Plötzlich habe der Mann beschlossen, mit dem Boot aus den USA nach China zu schwimmen, aber schließlich habe er Russland erreicht. Dort soll er politisches Asyl beantragt haben.

Nun kommentierte das amerikanische Generalkonsulat in Wladiwostok diese Information.

„Wir sind im Bilde über die Situation. Wir arbeiten mit lokalen Behörden und gewährleisten Konsulardienstleistungen“, so ein Sprecher gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Aus der Grenzverwaltung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB in der östlichen arktischen Region gebe es bislang keine offiziellen Kommentare.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/32181/74/321817470.jpg>

Nachmittags:

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR über die Lage an der Kontaktlinie vom 28. Juli bis 3. August 2018

In der letzten Woche haben in den Einheiten der Volksmiliz Übungen zur militärischen Ausbildung stattgefunden, im Rahmen der Übungen wurden Fragen des Kampfes gegen Diversions- und Erkundungsgruppen und Aktivitäten der Einheiten bei der Verteidigung bearbeitet.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner weiter die Territorien der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer aus der 24. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft des Kriegsverbrechers Guds ein weiteres Mal das Gebiet von **Gorlowka** beschossen.

In **Richtung Donezk** sind in **Krutaja Balka** durch Beschuss von Seiten der Terroristen der 92. mechanisierten Brigade unter Kommando von Kokorew zwei Häuser in der Schirokaja-Straße 26 und 28 abgebrannt.

In **Richtung Mariupol** wurde von Seiten der Banditen Gnatows aus der 36.

Marineinfanteriebrigade das Gebiet von **Kominternowo** beschossen.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 27 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** festgestellt. Auf die Gebiete von **acht Ortschaften** der Republik hat der Gegner 69 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm abgefeuert, 183 Schüsse mit Schützenpanzerwaffen abgegeben, Granatwerfer und Schusswaffen nicht mitgerechnet.

In dem genannten Zeitraum wurden elf Häuser und Infrastrukturobjekte in den sieben

Ortschaften Gorlowka, Krutaja Balka, Sachanka, Leninskoje, Dokutschajewsk, Mineralnoje und Kominternowo durch das Feuer des Gegners beschädigt.

In der Folge feindlichen Beschusses wurde ein Verteidiger unserer Republik tödlich verletzt. Wie bereits mitgeteilt wurde, ist der Soldat der ukrainischen Streitkräfte Sergej T. auf unsere Seite übergegangen. Wir geben seine persönlichen Daten und seinen Dienstort nicht bekannt, weil Sergej in der Ukraine Verwandte hat und er um ihre Sicherheit fürchtet. Heute können wir nur einen Teil seiner persönlichen Dokumente zeigen sowie seine persönliche Waffe und elektronische Versionen einiger dienstlicher Dokumente, die er rechtzeitig im Stab der Einheit kopiert hat.

Die Sorge um das Leben und die Gesundheit seiner Verwandten ist nicht unbegründet. Außerdem hat Sergej Fälle bestätigt, in denen Verluste vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte verheimlicht wurden, indem auf Anweisung seines Brigadekommandeurs Leichen von im Frontgebiet verstorbener Soldaten innerhalb eines Tages aus der OOS-Zone gebracht und in verlassene Gebäude, Unternehmen und Waldstücke gelegt wurden. Und in den täglichen Befehlen an das Personal wurden die Toten im besten Falle auf der Liste derjenigen genannt, die Urlaub haben und, wenn sie nicht aus dem Urlaub zurückkehren, in die Liste derjenigen überführt, die eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben.

Außerdem hat er Beweise für Folter durch seine Kommandeure an gefangen genommenen Soldaten unserer Republik sowie an des Separatismus verdächtigten Einwohnern, die im Verantwortungsbereich der Einheit festgenommen wurden.

Nach der Durchführung einer Überprüfung und wenn festgestellt wurde, dass Sergej T. nicht an Kriegsverbrechen gegen Einwohner des Donbass beteiligt war, wird er aus der Untersuchungshaft entlassen werden und kann, wenn er möchte, das Territorium unserer Republik verlassen.

Außerdem haben wir Informationen über den ernsten Zustand des Kommandeurs der 36.

Marineinfanteriebrigade Gnatow erhalten, der sich mit der Diagnose einer schweren Venenentzündung am rechten Bein zur Behandlung im 61. Militärhospital befindet.

Wir schließen nicht aus, dass diese Diagnose tatsächlich von gekauften Ärzten ersonnen ist, damit Gnatow aus Krankheitsgründen entlassen werden kann. Diese Version wird auch im Stab des Verbands bestätigt, wo man meint, dass die so unerwartete Erkrankung des Brigadekommandeurs mit der Entdeckung eines riesigen Fehlbestandes während einer Kontrolle des Verbandes durch die Leitung der Marineinfanterie der ukrainischen Streitkräfte zusammenhängt, sowie mit der Erstellung eines Berichts durch UN-Vertreter für die Generalversammlung, worin angegeben werden wird, dass Gnatow das Feuer auf die Zivilbevölkerung von Ortschaften der Republik in Richtung Mariupol sanktioniert hat. Diese Information haben die UN-Vertreter nach einer Unterhaltung mit Offizieren des Stabs des Verbandes erhalten.

In jeder der genannten Varianten ist die Tatsache, dass der reguläre Kommandeur vor Ort fehlt, eine Voraussetzung für das Absinken des moralisch-psychischen Niveaus des Personals, was in der Folge zu einer Zunahme der Fälle von Verstößen gegen die militärische Disziplin führen wird, darunter der Genuss von Alkohol und ungeordnetes Feuer auf unser Territorium. Wir stellen ein allgemeines Absinken des moralisch-psychischen Niveaus unter dem Personal der Einheiten und Truppenteile an der Front während der gesamten Dauer des Konflikts fest, aber besonders bemerkbar wurde es während der Umwandlung der sog. ATO in die OOS. Diese Tatsache hat auch der Kommandeur der Besatzungskräfte Najew bestätigt, der die Ergebnisse von drei Monaten OOS in der letzten Woche zusammengefasst hat.

Dabei ist nach den Worten aktiver Soldaten der ukrainischen Streitkräfte sowie des zuvor zu uns übergegangenen Sergej T. ersichtlich, dass keine Lösungen für die Probleme des Personals der Truppenteile und Verbände an der Front realisiert werden.

Aber die Zahl der Kommissionen des Stabs der OOS, die versuchen die Ursache für die Weigerung von Soldaten, neue Verträge zur Fortsetzung des Dienstes zu unterzeichnen, sowie

für die Auflösung gültiger Verträge aufzuklären, nimmt zu.

So haben allein in der letzten Woche Kommissionen in der 56. mechanisierten Brigade im Gebiet von Kalinowo und in der 93. mechanisierten Brigade im Gebiet von Wolnowacha gearbeitet, um die Qualität der Lebensmittelversorgung zu überprüfen, in der 72. mechanisierten Brigade im Gebiet von Krinitschnoje, um die Versorgung mit Treibstoff und Ersatzteilen für die Technik zu kontrollieren, im Gebiet von Krasnaja Gora im Raketenartilleriewaffenlager bezüglich der Sortierung und Buchführung der Munition. Der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“, der Kriegsverbrecher Krasnook hat am 31. Juli Nowotroizkoje besucht, wo er die Einheiten der 128. Gebirgsschirmbrigade überprüft hat.

Aber wie man sagt „hin und wieder zurück“ - trotz der Arbeit der Kommissionen stiehlt das Personal das, was ihre Kommandeure nicht verkauft haben. So ist es in der 56. Brigade geschehen, wo während der Arbeit einer Kommission des Stabs der OOS zur rückwärtigen Versorgung von Mitarbeitern des SBU Soldaten der Brigade bei dem Versuch, einen Viertonnenbehälter Dieseltreibstoff zu verkaufen, festgenommen wurden.

Und in der 128. Brigade wurden zwei Kämpfer beim Verkauf eines Maschinengewehrs und dazugehöriger Munition festgenommen. Und das während des Besuchs der Brigade durch den Kommandeur der operativ-taktischen Gruppe!

de.sputniknews.com: Info über russische Militärpräsenz in Zentralafrika „grob verzerrt“ – Sacharowa:

Russische Militärexperten beteiligen sich nicht an Kampfhandlungen in der Zentralafrikanischen Republik. Laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, befinden sie sich dort auf vollkommen legaler Basis, doch werde diese Information grob verzerrt.

„Derzeit arbeiten 175 russische Instrukteure in der Zentralafrikanischen Republik, darunter fünf Militärs und 170 Zivilisten. Die russischen Spezialisten sind in dieses Land rechtmäßig auf Bitte des Präsidenten dieses Staates entsandt worden, um bei der Ausbildung der zentralafrikanischen Soldaten Hilfe zu leisten“, sagte Sacharowa am Freitag bei einem Briefing in Moskau.

Die Hauptaufgabe der Russen sei es, lokales Militärpersonal darin auszubilden, mit Waffen und Ausrüstung umzugehen, die das Verteidigungsministerium Russlands Ende Januar, Anfang Februar dieses Jahres kostenlos zur Verfügung gestellt hat.

„Wir möchten betonen, dass die russischen Spezialisten nicht an den Kampfhandlungen auf dem Territorium der Zentralafrikanischen Republik teilnehmen. Der Umfang ihrer Aufgaben beschränkt sich nur auf die Ausbildung von Soldaten“, so Sacharowa weiter.

„Wir verstehen, warum die Tätigkeit von Spezialisten in dieser Situation scharfe Aufmerksamkeit auf sich zieht. Jedoch verstehen wir nicht, warum diese Information so grob verzerrt wird.“

Am 30. Juli waren in der Zentralafrikanischen Republik die russischen Bürger Kirill Radtschenko, Alexander Rastorgujew und Orchan Dschemal getötet worden. Sie hatten ungültige Presseausweise verschiedener Medien bei sich. Das russische Ermittlungskomitee leitete zu diesem Fall ein Strafverfahren nach dem Artikel „Mord“ ein.

Wie das Zentrum für Verwaltung von Ermittlungen, das die Journalisten auf diese Dienstreise geschickt hatte, mitteilte, haben sie eine Doku über die Präsenz russischer Militärinstruktoren in der Zentralafrikanischen Republik gedreht. Dabei bezeichnete das russische Außenministerium die Medienberichte über Ermittlungen der Aktivitäten eines privaten Militärunternehmens in der Zentralafrikanischen Republik als absurd.

Die Behörde hat nach ihren eigenen Angaben noch im März die Entsendung der Instrukteure in dieses Land mitgeteilt. Die russische Botschaft hilft zurzeit bei der Überführung der Leichname der getöteten russischen Journalisten ins Heimatland. Die Überführung ist für die

kommenden Tage geplant. Die Situation in der Zentralafrikanischen Republik spitzte sich Anfang Dezember 2013 zu, nachdem es in der Hauptstadt der Republik Bangui zu Auseinandersetzungen zwischen der muslimischen Rebbellengruppe „Seleka“ und christlichen Milizen gekommen war. Nach UN-Angaben hat der Konflikt nach dem Stand vom Juli 2018 bereits mehr als 6.000 Menschenleben gekostet. Eine Million Menschen sind demnach obdachlos geworden.

Zuvor wurden auf der Webseite des Konsular-Departements des russischen Außenministeriums Empfehlungen veröffentlicht, dass die Sicherheitskräfte der Zentralafrikanischen Republik „praktisch nicht funktionieren und man deswegen nicht mit ihrer Hilfe rechnen kann, sollte es zu schlimmen Ereignissen kommen“.

Unter anderem teilte das Außenministerium mit, dass die kriminogene Lage in der Zentralafrikanischen Republik zurzeit kompliziert sei. Dort komme es oft zu bewaffneten Plünderungen und Mordanschlägen sowie Überfällen auf Ausländer. Daher seien Reisen in dieses Land sehr risikoreich und folglich nicht empfehlenswert.

Dan-news.info: Erklärung Denis Puschilins über die Arbeit der OSZE-Mission im Süden der DVR:

Obwohl die OSZE-Mission zuvor eine Anfrage auf Unterstützung bei der sicheren Arbeit und Zugang zu den Orten Kominternowo und Sachanka eingereicht hat, um sich mit den zivilen Einwohnern, die an der Kontaktlinie leben, zu unterhalten, hat Alexander Hug heute selbständig die Route geändert und versucht, in Begleitung einer Patrouille der OSZE-Mission nach Nowoasowsk und Sedowo zu fahren.

Gestern habe ich mich persönlich mit Alexander Hug getroffen und wir haben unter anderem auch Fragen des Besuchs des Südens der Republik erörtert. Alexander wurde bezüglich der schwierigen Situation in diesen Gebieten gewarnt. Es ist bekannt, dass diese zwei Ortschaften die einzigen Urlaubsgebiete am Meer in der Republik sind. Der Zustrom von Menschen ist kolossal. Die Möglichkeiten für die Durchführung von Diversionen und anderen Provokationen ebenfalls.

Gerade deshalb können wir den Vertretern der Mission die Sicherheit in diesen Gebieten nicht garantieren., weil wir solche Diversionen nicht ausschließen können, die womöglich zu tragischen Folgen führen. In die Gebiete, in denen die Sicherheit von unserer Seite garantiert werden kann, wird die OSZE-Mission immer gelassen.

In diesem Zusammenhang werden von den Kräften des Innenministeriums der DVR auf regelmäßiger Grundlage Antidiversionsmaßnahmen in diesen Ortschaften und ihrer Umgebung durchgeführt. Deshalb wurde Alexander Hug eine neue sichere Route vorgeschlagen.

Gleichzeitig merke ich an, dass wir darüber bekümmert sind, dass Alexander Hug sich die Entscheidung über den Besuch der unmittelbar an der Kontaktlinie liegenden Ortschaften Kominternowo und Sachanka und die Unterhaltung mit den zivilen Einwohnern, die regelmäßig unter Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte leiden, anders überlegt hat.

Der ständige bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Verhandlungen in Minsk, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin

de.sputniknews.com: Exportverluste durch russische Gegensanktionen genannt:

Wegen des von Moskau eingeführten Embargos war 2014 die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der EU, den USA, aus Kanada, Australien und Norwegen nach Russland bis auf 2,5 Millionen Tonnen für insgesamt 4,9 Milliarden US-Dollar zurückgegangen und hat seit 2015 völlig aufgehört. Das geht aus einem Bericht des Föderalen Zolldienstes Russlands hervor. Die bis dahin importierten Produkte hat Russland durch Agrarerzeugnisse aus anderen Ländern oder aber aus eigener Produktion ersetzt.

Dabei hatte der Umfang der Lebensmittelimporte im Jahr 2013, vor der Sanktionsverhängung gegen Russland, 3,9 Milliarden Tonnen im Gesamtwert von 8,3 Milliarden US-Dollar betragen.

Im Januar 2018 hat der stellvertretende Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Udo Hemmerling, erklärt, dass sich die Verluste der deutschen Landwirte in den Jahren 2015 und 2016 infolge der russischen Gegensanktionen jährlich auf eine Milliarde Euro belaufen haben. Indessen hat der französische Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire die Hoffnung geäußert, dass das russische Lebensmittelembargo teilweise aufgehoben werde. Wie zuvor berichtet wurde, betragen die sanktionsbedingten Verluste der EU nach Experteneinschätzungen rund 30 Milliarden Euro.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images/32182/02/321820202.jpg>

dnr-sckk.ru: In Folge von Diversionsaktivitäten von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ist heute, am 3. August um 00:05 Uhr, ein Brand einer Antriebsunterstation in **Jasinowataja** in der Jushnaja-Storona-Straße 22 entstanden.

Durch den Brand wurden vernichtet:

- zwei Antriebsunterstationen;
- zwei Eisenbahnwaggons, in einem von ihnen war Ausrüstung zur Reinigung von Transformatoröl.

de.sputniknews.com: Russisches Außenamt: „Weißhelme“ schüren Syrien-Krieg.

Die „Weißhelme“ haben laut der offiziellen Sprecherin des russischen Außenamtes, Maria Sacharowa, enge Kontakte zu Extremisten gehabt und das Andauern des Konflikts gefördert, dabei hat Kanadas Entscheidung, sie aufzunehmen, in Moskau kein Erstaunen hervorgerufen. Dies sagte Sacharowa bei einem Briefing am Freitag.

„Ehrlich gesagt, ist es bereits höchste Zeit, sie nicht ‚Weißhelme‘, sondern ‚Weiße Masken‘ zu nennen, weil Leute, die sich viele Jahre lang für humanitäre Helfer ausgegeben haben, sich – und diese Tatsache ist jetzt bewiesen – als ausländische Agenten erwiesen haben, die auf syrischem Territorium für großes Geld für antisyrische Interessen und für die Interessen anderer Länder tätig waren. Zurzeit werden sie eilig evakuiert und in verschiedene Länder verteilt“, sagte Sacharowa.

„Uns ist der Beschluss, diesmal Kanadas, die ‚Weißhelme‘ aufzunehmen, aufgefallen. Ich möchte daran erinnern, dass dies nicht einfach Leute sind, die sich für humanitäre Helfer ausgegeben haben, und in der Tat aber einfach Mummer waren. Dies sind Leute, die enge Kontakte zu den Extremisten unterhielten. Die Tatsache, dass sie jetzt auch schon in Kanada versteckt werden, hat aus mehreren Gründen keine Verwunderung hervorgerufen“, so Sacharowa.

Erstens ist laut Sacharowa gut bekannt, dass Ottawa gemeinsam mit einigen anderen westlichen Hauptstädten seit langem dieser Gruppierung einen moralischen Beistand und direkte finanzielle Unterstützung geleistet hat und dies weiterhin tut. Es gehe um sehr solide Summen. Dabei hätten sich diese humanitären Pseudohelfer hauptsächlich durch ihre Inszenierungssujets im Auftrag von Antiregierungsorganisationen einen Namen gemacht und so lange wie möglich versucht, in Syrien den Kriegszustand aufrechtzuerhalten, immer neue Konflikte zu schüren, die Syrer gegeneinander aufzubringen, Syrien und das syrische Volk einfach zu diskreditieren, unterstrich die Außenamtssprecherin.

Die Organisation „Weißhelme“, die im Westen weit bekannt geworden war und sich dort eine Unterstützung erworben hatte, hatte als ihr Ziel die Rettung der friedlichen Bevölkerung in den Zonen der Kampfhandlungen deklariert, wird von den syrischen Behörden jedoch der Verbindung zu Extremisten und des Betreibens einer feindlichen propagandistischen Tätigkeit beschuldigt.

Im russischen Außenministerium wird die Tätigkeit der „Weißhelme“ als das Element einer großen Informationskampagne zur Verunglimpfung der syrischen Behörden betrachtet.

Dan-news.info: „Vom 1. Januar bis zum 2. August 2018 starben auf dem Territorium der DVR in der Folge von Beschuss ukrainischer Soldaten 101 Menschen“, teilte der Apparat der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR mit. Davon sind 95 Männer, sechs Frauen, darunter zwei Kinder.

de.sputniknews.com: Syrien: Militär entdeckt in al-Quneitra US-Waffen und Lebensmittel aus Israel.

Die syrische Armee hat in den von Terroristen befreiten Dörfern in der Provinz al-Quneitra Waffendepots mit einer großen Menge von Waffen, Munition und Lebensmitteln, darunter auch aus US-amerikanischer und israelischer Produktion, sichergestellt. Das berichtete die staatliche Agentur Sana am Freitag.

Wie es heißt, soll es sich dabei um Gewehre und Raketen aus US-amerikanischer Produktion sowie Munition, Minen, Maschinengewehre und Nahrungsmittel eines israelischen Unternehmens gehandelt haben.

Zudem soll in den Waffendepots Kleidung der Organisation „Weißhelme“ entdeckt worden sein, so die Agentur.

Ortsansässige sollen das Militär über die Waffenlager informiert haben. Nach ihren Angaben haben Kämpfer der Terrormiliz „Dschabhat an-Nusra“ vor ihrem Abzug aus der Region eine große Anzahl von Waffen vergraben.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass die syrische Armee in den von Terroristen befreiten Ortschaften in der südlichen Provinz Deraa Panzerabwehrkomplexe vom Typ TOW aus US-amerikanischer Produktion gefunden habe.



<https://sana.sy/en/wp-content/uploads/2018/08/Weapons-munitions-left-behind-terrorists-founded-Quneitra-countryside.jpg>

Dan-news.info: „Heute fand in Gorlowka der erste mobile Lebensmittelmarkt für landwirtschaftliche Produkte statt. Bei der Veranstaltung konnten die Einwohner und Gäste der Stadt Fleisch-, Milch-, Wurst- und Brotprodukte sowie Honig kaufen“, teilte das Landwirtschaftsministerium der DVR mit.

Der Markt war der 14. seit Juni letzten Jahres. Zuvor fanden sie vor allem in Donezk statt. Auf den Märkten haben die Käufer die Möglichkeit Waren zu Erzeugerpreisen zu kaufen, da sie ohne Aufschlag verkauft werden.

de.sputniknews.com: Russischer Außenpolitiker: Die „russische Karte“ bleibt in den USA im Spiel.

Die antirussisch eingestellten US-Senatoren werden das Ausspielen der „russischen Karte“ vor den im November 2018 stattfindenden Kongress-Zwischenwahlen mehr als einmal betreiben, so wie es bei den neuen Sanktionen gegen Russland der Fall ist. Das glaubt Sergej Schelesnjak, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses der Staatsduma.

Eine Gruppe amerikanischer Senatoren hatte am Donnerstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der neue Strafmaßnahmen gegen Russland, unter anderem gegen Staatsschulden der Russischen Föderation, vorsieht. Der Entwurf sieht zudem neue Sanktionen gegen russische Politiker und Geschäftsleute vor.

„Statt Möglichkeiten für einen sich abzeichnenden Dialog zu suchen, denkt sich eine Reihe von amerikanischen Senatoren einen Anlass aus, um ihn zu stören. Nach den Gesprächen der Präsidenten Russlands und der USA in Helsinki haben antirussische Lobbykreise in den USA einen Schock erlitten und versuchen jetzt, die Entspannung in den Beziehungen zwischen unseren Ländern auf alle mögliche Weise zu verhindern. Im Vorfeld der im November anberaumten Wahlen wird die ‚russische Karte‘ im innenpolitischen Spiel der USA immer mehr gefragt sein, und ähnlichen Initiativen werden offensichtlich nicht nur einmal vorkommen“, so die Pressestelle von Schelesnjak.

Darüber hinaus betonte der Abgeordnete, es sei notwendig, auch die Tatsache zu berücksichtigen, dass viele Unternehmer und Personen des öffentlichen Lebens in den USA sich im Klaren über die Absurdität der Sanktionen seien, so dass sie sich offen für einen Dialog und für die Verbesserung der Beziehungen zu Russland aussprechen würden.

„Unser Land zwingt keinem seine Freundschaft und Regeln auf, aber es versteht, wie hoch die Verantwortung angesichts der Herausforderungen ist, die nur dann zu bewältigen sind, wenn man zusammenhält und die gegenseitigen Interessen achtet“, betonte der Parlamentarier. Das erste Vollformat-Treffen der Präsidenten Russlands und der USA hatte am 16. Juli in Helsinki stattgefunden. Danach haben beide Staatschefs das Interesse an der Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern bekundet.

Mil-Inr.info: Wöchentliche Pressekonferenz des Leiters der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst M.Ju. Filiponenko:

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Aktivitäten der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen **zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt** und Granatwerfer verschiedener Art eingesetzt. Beschossen wurden die Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von **Krasnyj Jar** und **Shelobok**. **In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 17-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Geschossen wurde mit Granatwerfern verschiedener Art, Mörsern

des Kalibers 82mm und großkalibrigen Schusswaffen. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 324 verschiedene Geschosse abgefeuert.

In Folge von Mörserbeschuss der ukrainischen Truppen auf das Territorium der Republik **starb ein Soldat der Volksmiliz der LVR** auf seinem Kampfposten.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete folgender Ortschaften beschossen: **Losowoje, Shelobok, Sokolniki, Prischib, Krasnyj Jar.**

Die verbrecherischen Befehle zur Eröffnung des Feuers auf die Gebiete von Ortschaften erteilten folgende Kriegsverbrecher: der Kommandeur der 72. mechanisierten Brigade Tatus, der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade Grusewitsch, der Kommandeur der 59. Panzergrenadierbrigade Osipschuk.

Dem feindlichen Beschuss ging eine Aktivierung von **Aufklärungsaktivitäten des Gegners mit Drohnen** voraus. Die Aufklärung erfolgte hauptsächlich entlang der Kontaktlinie zur Feuerleitung in den genannten Gebieten sowie zur Auffindung von Objekten zum Angriff. Diese Fakten zeugen von vorsätzlichen zielgerichteten Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die Kiewer Truppen.

Die ukrainische Seite konzentriert weiter militärisches Potential und stationiert verbotene Waffen in der Nähe der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Swatowo ist eine Einheit mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ eingetroffen. ...

Derzeit befinden sich in der Nähe der Kontaktlinie bereits zuvor im Gebiet von Kremennaja eingetroffene 12 Mehrfachraketenwerfer „Uragan“, was die OSZE-Mission bereits am 9. Juli dieses Jahres mitgeteilt hat. Diese schweren Waffen werden vermutlich von den ukrainischen Truppen zum Beschuss des Territoriums der Republik verwendet werden.

An den Lagerorten fehlen ukrainische Technik und Waffen, die abgezogen sein müssten. Diese Fehlbestände kommen täglich in den offiziellen OSZE-Berichten zum Ausdruck:

12 Haubitzen „Msta-B“;

11 Haubitzen „Akazija“;

2 Haubitzen D-30;

4 Mörser M120 und 2B11;

17 Panzer T-64 und T-72. ...

Die ukrainischen Truppen haben die Aufklärung mit Ausfällen in die sogenannte „Graue Zone“ verstärkt. Im Gebiet von Bolotenoje, Staniza-Luganskaja-Bezirk, geriet eine Aufklärungsgruppe des Gegners aus der 95. Panzergrenadierbrigade bei einem weiteren Versuch der ukrainischen Truppen, Foto- und Videoaufnahmen von Positionen der Volksmiliz zu machen, auf eigene Minen. Bei der Detonation starben zwei ukrainische Kämpfer, weitere zwei wurden verletzt.

Gleichzeitig verheimlicht das Kommando der ukrainischen Streitkräfte zynisch die Verluste an Personal, darunter auch Todesfälle, gegenüber der Öffentlichkeit und den Verwandten der Toten. Die realen Zahlen an Toten übersteigen die angegebenen um ein Mehrfaches und gehen in die Hunderte. Der Tod von Soldaten ist in der überwältigenden Mehrheit der Fälle mit nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen, Detonationen auf eigenen Minenfeldern, dem Treiben zum Selbstmord, Schusswechseln zwischen eigenen Einheiten und Einheiten der Nationalisten, deren Abzug auf der OOS-Zone S. Najew so bemüht anstrebt.

Dies wird noch dazu dadurch bestätigt, dass eine sehr große Bluttransfusionsstation in Sewerodonezk, die ständig verletzte Soldaten der ukrainischen Streitkräfte behandelt, systematisch einen Mangel an Spenderblut hat, das sehr knapp geworden ist.

Die Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte hat das ukrainische Kommando gezwungen, groß angelegte Übungen von Militärärzten durchzuführen. Es ist bemerkenswert, dass diese Übungen in unmittelbarer Nähe der Frontpositionen stattfanden, unter maximal realistischen Bedingungen. Außerdem wurde ein Befehl gegeben, eine Reserve an Krankenhausbetten in den Krankenhäusern von

Sewerodonezk zu schaffen.

Im Zusammenhang mit dem niedrigen Niveau der Professionalität und den sich häufenden Fällen, in denen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte auf eigene Minenfelder geraten, hat das Kommando der OOS außerplanmäßig Kontrollen der untergebenen Einheiten organisiert. In den Verantwortungsbereichen der 59. Panzergrenadier-, der 53. und 14. mechanisierten Brigade wurde die Arbeit einer Kommission des technischen Dienstes des Stabs der OOS bemerkt, die die Befestigungseinrichtungen und Minensperren darauf kontrolliert, ob sie den festgelegten Anforderungen entsprechen. Außerdem wurden in der 14. mechanisierten Brigade Übungen mit technischen Einheiten der Brigaden der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ durchgeführt.

Ich merke an, dass die Einheiten der Volksmiliz der LVR nicht auf Provokationen reagieren und das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen einhalten. Aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht vor, entschieden im Interesse des Schutzes der Bürger zu reagieren. ...

de.sputniknews.com: Alljährliche Verluste des Westens durch Russlands Embargo beziffert. Nach der Verhängung des Einfuhrverbots für Lebensmittel aus der EU und den USA durch Russland im Jahr 2014 büßen westliche Länder etwa 8,3 Milliarden US-Dollar (zirka 7,1 Milliarden Euro) jährlich ein. Davon zeugen Statistikangaben des staatlichen Zolldienstes der Russischen Föderation.

Demnach sind Polen, Österreich und die Niederlande, die Hauptlieferanten von Agrarerzeugnissen nach Russland waren, besonders von den Sanktionen betroffen.

Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die Gültigkeitsdauer des Erlasses über das Lebensmittel-Embargo gegen jene Länder, die sich den antirussischen Sanktionen angeschlossen hatten, bis Ende 2019 verlängert.

Am 5. Juli hatte der Rat der Europäischen Union entschieden, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis zum 31. Januar 2019 zu verlängern.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Staaten hatten sich nach dem nationalistischen Umsturz in der Ukraine 2014 verschlechtert. Nach dem Beitritt der Krim zu Russland verhängten die USA und die EU politische und wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen Russland. Moskau konterte mit einem Einfuhrverbot für eine ganze Reihe von Lebensmitteln aus den Ländern, die zuvor Sanktionen gegen Russland verhängt hatten, und nahm Kurs auf Importersatz.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32182/22/321822236.jpg>

Abends:

de.sputniknews.com: Peking droht Washington mit neuen Zöllen.

Im Fall der Einführung neuer Zölle ist China laut seinem Ministerium für Kommerz bereit, ähnliche Maßnahmen in Bezug auf US-Waren zu ergreifen.

„Die Kommission für Zolltarife des chinesischen Staatsrates hat den Beschluss gefasst, erhöhte Einfuhrzölle in Höhe von 25, 20, zehn und fünf Prozent auf 5207

Warenbezeichnungen einzuführen, die aus den USA in einem Lieferumfang von 60 Milliarden Dollar importiert werden“, heißt es in der Erklärung des Ministeriums.

Es wird präzisiert, dass die Zölle in Höhe von 25 Prozent auf 2493 Warenbezeichnungen eingeführt werden, darunter auf echten Honig, gefrorene Erbsen und Beeren, Kakaobutter und Milchlösungen. In Höhe von 20 Prozent werden Zölle auf 1078 Warenbezeichnungen wie Vogelflaum, Pflanzenwachs und Kaugummi eingeführt. In Höhe von zehn Prozent – auf 974 Warenkategorien, darunter auch auf gefrorenen Zuckermais, amerikanischen Ginseng und Reismehl; und in Höhe von fünf Prozent – auf 662 Warenkategorien, darunter auf Yttrium, Zerkon und Natriumwolframat.

Wenn die USA „so handeln sollten, ohne die Meinung anderer zu berücksichtigen, und in der Praxis ihre Tarifmaßnahmen umsetzen sollten“, werde China unverzüglich die genannten Zölle einführen, so die Behörde.

Am Mittwoch hatte das Weiße Haus seine Pläne bestätigt, Zölle in Höhe von 25 Prozent auf chinesische Waren und Dienstleistungen im Umfang von 200 Milliarden Dollar pro Jahr einzuführen. Der Handelsvertreter beim US-Senat, Robert Lighthizer, erklärte, dass dies durch einen unfairen Handel seitens Chinas und durch Pekings Weigerung bedingt sein werde, in den Verhandlungen entgegenzukommen.

Anfang April hatten die USA eine Liste von 1300 chinesischen Waren veröffentlicht, gegen welche Importzölle als Antwort auf Verletzung der intellektuellen Rechte auf US-Produkte durch China eingeführt werden können.

Der Staatsrat Chinas hatte seinerseits einen Beschluss über die Einführung der Zölle in Höhe von 25 Prozent auf 106 Warenbezeichnungen gefasst, die aus den Vereinigten Staaten importiert werden.

Im Mai hatten die Seiten vereinbart, dass sie keinen Handelskrieg führen und die Einführung von gegenseitigen Zöllen stoppen würden. Später stellte sich aber heraus, dass es bislang noch nicht gelungen sei, hinsichtlich der Handelsfragen übereinzukommen. Daher hatte Washington neue Zölle angekündigt.

Mitte Juni haben die USA 25-prozentige Zölle auf Waren aus China eingeführt – dies betraf etwa ein Zehntel der chinesischen Einfuhren nach Amerika. Die neuen Zollgebühren trafen vor allem den Import von chinesischen Waren, die industriell relevante Technologien enthalten, in Höhe von 50 Milliarden Dollar.

China hatte spiegelgleich reagiert und einen 25-prozentigen Zoll auf 659 der aus den USA importierten Waren im Wert von 50 Milliarden Dollar eingeführt.

Kürzlich drohte Trump Peking mit Zöllen auf alle chinesischen Waren, die in die USA kommen.

Lug-info.com: Erklärung des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen, des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnogo:

Die ukrainische Seite hat ein weiteres Mal den Versuch von MTS (für die Ukraine „Vodafone“) zum Scheitern gebracht, Ausrüstung und Komponenten für die Durchführung von Reparaturarbeiten und Wartung von Basisstationen auf dem Territorium der LVR anzuliefern.

Dies war schon der dritte Fall, in dem die Sabotage des offiziellen Kiew die schwachen Bemühungen von MTS, die Verbindung zu normalisieren, blockiert hat.

Zum ersten Mal ist es der Minsker Kontaktgruppe bereits im Frühjahr gelungen eine Vereinbarung zu treffen, aber dieser Versuch wurde von der Ukraine zu dem Zeitpunkt gestoppt, als die Genehmigungen für den Transport der Ausrüstung ausgestellt wurden. Der zweite Versuch, Mitte Juli, war produktiver, die Ausrüstung wurde verladen und in die LVR zu liefern versucht. Aber es mischten sich gewisse „Fiskaldienste“ ein, die es der Ausrüstung nicht erlaubten, die Abgrenzungslinie zu überschreiten.

Zum dritten Mal wurde am 27. Juli in Minsk wieder verabredet, die notwendige Ausrüstung anzuliefern. Die Vertreter der Ukraine versprachen dies nicht zu behindern.

Aber auch dieser Versuch erwies sich als ergebnislos. Trotz abgestimmtem Zeitplan und Route ist die Lieferung am 2. August auch nicht eingetroffen. Die Kiewer, wenn ich das so sagen darf, „Regierung“ blockiert weiter die Normalisierung der Funktion von MTS auf unserem Territorium. Wie es zu erwarten war, benehmen sie sich bei jeder Gelegenheit daneben.

de.sputniknews.com: Ukraine will sich an Ungarn für Entwicklungsprojekte in Transkarpatien rächen.

Die Ukraine will vom Nachbarland Ungarn geplante Entwicklungsprojekte in Transkarpatien nach Kräften verhindern. Nach Worten des ukrainischen Vizeaußenministers Wassili Bodnar wird Kiew dem ungarischen Transkarpatien-Bevollmächtigten István Grezsa die Einreise ins Land verbieten, falls Budapest über Ziele dieses Amtes nicht aufklärt.

„Die Einmischung eines benachbarten Staates in unsere inneren Angelegenheiten ist nicht hinnehmbar“, sagte Bodnar der Zeitung „Jewropejskaja Prawda“ nach Angaben des russischen Internetportals lenta.ru. „Wir werden alle nur möglichen diplomatischen Einflussmittel einsetzen. Aber vorerst rechnen wir mit einer Reaktion der ungarischen Seite, die ihre Position plausibel erläutern soll.“

Ansonsten werde sich die Ukraine zu harten Schritten gezwungen sehen bis hin zum Einreiseverbot, „wenngleich das nicht unser Wille wäre“. Kiew betrachte die Handlungen Budapests als eine weitere Provokation, sagte Bodnar.

Am Donnerstag hatte das ukrainische Außenamt heftigen Protest gegen „unfreundliche Handlungen Ungarns“ geäußert. Kiew ist missvergnügt über die Einrichtung des Amtes eines Transkarpatien-Bevollmächtigten, über ein in Budapest konzipiertes Programm zur Förderung von Kindergärten in Transkarpatien und über Äußerungen von Regierungschef Viktor Orban, der am Wunsch der Ukraine nach einer EU- und NATO-Mitgliedschaft gezweifelt hatte.

Die Regierung in Budapest hatte Ende Juli dieses Jahres das Amt des Bevollmächtigten für die Entwicklung Transkarpatiens eingerichtet und István Grezsa zu seinem Chef berufen. Der Politiker befasst sich seit 2016 mit Problemen dieser Region.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32182/66/321826672.jpg>

de.sputniknews.com: „Es geht ihm gut“ – Sacharowa zu Rettung von US-Bürger vor russischer Küste:

Der US-Bürger, der zufällig auf hohe See geraten und später vor der Tschuktschen-Halbinsel im äußersten Nordosten Russlands geborgen worden war, ist wohlauf, wie die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Freitag mitteilte.

„Bei der Prüfung sämtlicher vorliegenden Informationen wurde festgestellt, dass sich der offizielle Wohnsitz des Amerikaners in der Stadt Soldotna, US-Bundesstaat Alaska, und sein faktischer Wohnsitz in Anchorage befindet. Es stellte sich heraus, dass er in seinem Einsitzerboot auf dem Fluss Yukon (Alaska) gefahren war und vor etwa zwei Wochen beschlossen hatte, in die hohe See zu stechen. Wegen schwerer Wetterbedingungen und des Fehlens nautischer Geräte verbrachte er mehrere Tage auf hoher See. Auf diese Weise geriet er auf das Territorium der Russischen Föderation“, sagte Sacharowa.

Eine medizinische Untersuchung habe ergeben, dass der Wanderer sich in einem befriedigenden Zustand befindet, so Sacharowa. Sie sagte auch, dass die örtlichen Behörden das Generalkonsulat der USA in Wladiwostok verständigt hätten.

„Es ist geplant, den US-Bürger nach Anadyr zu bringen ... Es geht ihm gut und wird noch besser gehen“, fügte Sacharowa hinzu.

Zuvor war berichtet worden, dass ein US-Bürger im Dorf Lawrentija auf der Tschuktschen-Halbinsel festgenommen worden sei. Er soll um politisches Asyl in Russland gebeten haben.